

zum Teilnahmeantrag ewmrC_BO_2026_1 - RV/BOCHUM/2027

I. Erklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach §§ 123 Abs. 1 und Abs. 4, 124 GWB

§ 123 GWB	Eine Rechtskräftige Verurteilung wegen:	Liegt <u>nicht</u> vor	Liegt vor
Abs. 1 Nr. 1	§ 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 2	§ 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 3	§ 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 4	§ 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 5	§ 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 6.	§ 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 7	§ 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 8	den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 9	Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 10.	den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

§ 124 GWB	Von der Teilnahme am Verfahren können Bewerber oder Bieter ausgeschlossen werden, sofern	Liegt nicht vor	Liegt vor
Abs. 1 Nr. 1	das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 2	das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 3	das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Abs. 3 ist entsprechend anzuwenden,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 4	der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 5	ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 6	eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 7	das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 8	das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 1 Nr. 9	das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Abs. 2 Alt. 1	wenn nach § 21 AentG das Unternehmen wegen eines Verstoßes gegen die in § 23 AentG genannten Bußvorschriften mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden ist,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 2 Alt. 2	wenn nach § 98c AufenthG, das Unternehmen oder ein satzungsmäßiger oder gesetzlicher Vertretungsberechtigter gemäß § 404 Abs.2 Nr.3 SGB III mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € rechtskräftig belegt worden ist oder nach den §§ 10, 10a oder 11 SchwarzArbG zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt worden ist,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs. 2 Alt. 3	wenn nach § 19 MiLoG das Unternehmen wegen eines Verstoßes gemäß § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden ist,	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abs.2 Alt. 4	wenn nach § 21 SchwarzArbG das Unternehmen, oder ein satzungsmäßiger oder ein gesetzlicher Vertretungsberechtigter nach § 8 Abs.1 Nr.2, §§ 9 bis 11 SchwarzArbG, § 404 Abs.1 oder Abs.2 Nr.3 SGB III, §§ 15, 15a, 16 Abs.1 Nr. 1b oder 2 AÜG oder § 266a Abs.1 bis 4 StGB zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

ERKLÄRUNG zur Richtigkeit der Angaben

Ort, Datum, Stempel

Hier bitte die Datei zum Schutz der eingetragenen Daten mit einer digitalen ID signieren:

Achtung: Danach sind kein Änderungen mehr möglich!

**Diese Erklärung muss jeweils von Einzelbewerbern/-bietern,
allen Mitgliedern einer Bewerber-/Bietergemeinschaft unterschrieben werden
und mit dem Teilnahmeantrag eingereicht werden.**